

Kernprojekt III/2: Der Beitrag von extern induzierter Demokratisierung zur Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften

Gegenstand

Das Projekt untersucht anhand von Fallanalysen und einem systematisch angelegten Vergleich der drei prominentesten europäischen Nachkriegsgesellschaften Bosnien-Herzegowina, Kosovo und Nordirland, wie sich Demokratisierungsprozesse durch unterschiedliche Formen der Intervention und externen Präsenz entwickeln und ob es auf diese Weise gelingt, die zuvor gewaltsam ausgetragenen Konflikte friedlich zu transformieren.

Alle Friedensabkommen zur Beendigung von Bürgerkriegen seit 1989 beabsichtigen, durch Demokratisierung das Ziel eines nachhaltigen Friedens zu erreichen (Paris 2001). Die historische Erfahrung lehrt indes, dass Demokratisierung ihrerseits auch Gewaltpotenziale freisetzen kann (Snyder 2000). Deshalb stellt sich die Frage, inwieweit dies durch externe Eingriffe bzw. ein Engagement der „internationalen Staatengemeinschaft“ verhindert und damit umgekehrt die friedensstärkende Wirkung von Demokratien entfaltet werden kann. Dabei steht extern gesteuerte Demokratisierung in den von uns untersuchten Fällen vor besonderen Dilemmata, da sie nicht nur Selbstbestimmung durch Fremdbestimmung ersetzt, sondern auch den Gemeinwesen Demokratien verordnet, ohne zuvor deren Grenzen im Einvernehmen zu bestimmen.

Forschungsstand

In der Theorie des demokratischen Friedens ist die innergesellschaftliche Dimension bisher konzeptionell schwach entwickelt und empirisch wenig ausgearbeitet. Kaum erforscht ist, welche Risiken und Gewaltpotenziale Demokratisierung birgt und mit welchen Elementen und in welcher Reihenfolge (*sequencing*) ihnen begegnet werden kann. Erst seit neuestem beginnt die wissenschaftliche Debatte (Barnes 2001, David 1999, Licklider 2002, Global Governance 2003) die widersprüchliche Rolle der Demokratisierung für die Befriedung von Nachkriegsgesellschaften überhaupt zu sehen: Demokratie gilt als Inbegriff gewaltlosen Konfliktaustrags, imstande, innergesellschaftlichen Frieden zu stiften – doch setzt sie einen Demokratisierungsprozess voraus, der enorme Gefahren birgt für die Festigung des Friedens.

Die Analyse der ambivalenten Wirkungen der Demokratisierung muss sich systematisch mit Demokratie als Verfahren gewaltloser Konfliktregelung befassen (Przeworski 1999 und 1991, Kielmansegg 1995). Wir wollen Erkenntnisse der Konflikt- und der Demokratieforschung zusammenführen und für die Spezifik von Nachkriegsgesellschaften fruchtbar machen, um bestehende Forschungslücken zu schließen. Eine der wenigen, die dazu gearbeitet haben, ist Barbara Walter. In Anlehnung an Przeworski zeigte sie, dass sich eine ehemalige Kriegspartei nur dann einem Wahlergebnis fügt und die Waffen niederlegt, wenn sie ihre Sicherheit glaubwürdig und effektiv durch externe Akteure gewährleistet sieht. Diese tragen dazu bei, dass das innerstaatliche Sicherheitsdilemma überwunden werden kann. (Walter 2002)

Da es dazu bisher an gründlicher Theoriearbeit mangelt, erscheint uns der Rückgriff auf Theorien von längerer Reichweite nötig. Wir wollen sie darauf befragen, was sie für die Erklärung der Besonderheiten ethnisch fragmentierter Nachkriegsgesellschaften leisten. Insbesondere knüpfen wir an Theoriestränge der historischen Soziologie (u.a. Rokkan 2000, Breuilly 1999, Tilly 1993 und 1975, Elias 1976) sowie der Geschichtswissenschaft (u.a. Reinhardt 1999, Schulze 1994, Greenfield 1992) und der kritischen Nationalismusforschung (u.a. Anderson 1988, Gellner 1991, Brubaker 1999 und 1994, Wehler 2001) an, die moderne Nationsbildung und Nationalstaatsbildung analy-

siert haben. Ohne die Reflexion auf die historische Tiefendimension der Entstehung moderner Demokratien werden deren Voraussetzungen leicht übersehen und die Ansätze zum *post-conflict peace-building* sozialtechnokratisch verengt, wie es in einem Teil der Fachliteratur der Fall ist. (z.B. bei Ferdowsi/Matthies 2003, Reychler/Paffenholz 1999).

Zu den normativen Implikationen moderner Demokratie gehören die Errungenschaften des liberalen Konstitutionalismus: individuelle Freiheiten, Gewaltenteilung, unabhängige Justiz, Rechtsstaat und Minderheitenschutz (Zakaria 1997). Demokratisierung impliziert aber mehr als Institutionen. Schematisch gesehen umfasst sie in Nachkriegsgesellschaften drei Dimensionen: *institution-building*, Vertrauensbildung nebst Versöhnung und *nation-building*. Der Forschungsstand zu diesen drei Dimensionen der Demokratisierung in fragmentierten Nachkriegsgesellschaften ist unterschiedlich.

a) Institution-building

Am weitesten erforscht sind Wahlen als Element der Demokratisierung. (Lyons 2002, Reilly 2002, Kumar 1998) Kritisiert wird, möglichst frühzeitig angesetzte Wahlen mit Demokratisierung und Friedenskonsolidierung gleichzusetzen. Wahlkämpfe können – ähnlich wie Volkszählungen zur sprachlichen und nationalen Zugehörigkeit (Hobsbawm 1991: 119) – Gräben vertiefen, Bedrohungsgefühle und Gruppenhass verstärken und so den Friedensschluss gefährden. Wahlverlierer mögen es attraktiver finden, notfalls erneut zu den Waffen zu greifen, als sich dem Wahlergebnis zu fügen. Leicht können Wahlen aber auch Politikern Legitimität verschaffen, die nationalistische wie illiberale Ziele verfolgen, was zu Machtmissbrauch, ethnischen Spaltungen und sogar Krieg führen kann. Im Ergebnis wird dann die Demokratie überhaupt diskreditiert. Dieses Paradoxon ist bisher nicht systematisch erforscht. Mansfield und Snyder (1995, 2002) beziehen sich nur auf zwischenstaatliche Kriege.

Demokratien entscheiden nach Mehrheitsregeln. Bei ethnischen Konflikten kann das Majoritätsprinzip zur permanenten Herrschaft der einen und zur dauerhaften Exklusion der anderen Seite führen. Perzipiert eine Gruppe die Demokratie als Machtmonopol der Rivalen, hat sie wenig Anreiz, sich demokratischen Verfahren zu fügen. Deshalb ist es besonders schwer, den Konflikt zwischen früheren Kriegsparteien in gewaltlose Bahnen zu lenken. Als Ausweg setzen Konfliktmanagement und Wissenschaft auf *power sharing*. Doch besteht kein Konsens darüber, ob das in Nachkriegsgesellschaften die Friedenskonsolidierung vorantreiben kann. An der Machtteilung als *consociationalism* (Lijphart 1977) wird kritisiert, sie schreibe den bestehenden Konflikt institutionell fest, schließe andere Gruppen aus und führe leicht zu Blockaden, die das politische System lahmlegen und den Aufbau nachhaltiger Friedensstrukturen verhindern. Die integrative Fassung von Machtteilung nach Horowitz (1993) gilt nach Bürgerkriegen als kaum realisierbar, da sich die Führungen der Konfliktparteien nicht darauf einlassen, die Basis ihrer Macht zu unterminieren (Sisk 1996).

b) Vertrauensbildung und Versöhnung

Im Gegensatz zum Krieg fordert der Konfliktaustrag in Demokratien Vertrauen und Versöhnung. Sie bilden die Grundlagen für kalkulierbare und dauerhafte Handlungsregelmäßigkeiten im Verhältnis von Menschen und Gruppen (Warren 1999). In Nachkriegsgesellschaften wird das zu einer der zentralen Prämissen, um die gesellschaftlichen Verwerfungen des Krieges hinter sich zu lassen. Wenn Vertrauen und Versöhnung als *soft power* abgewertet und einer wie immer geformten „Zivilgesellschaft“ zugewiesen werden (Überblick bei Geis 2003), verkennt das den Stellenwert von beiden für den Erfolg der Demokratisierung als Friedensstrategie (Putnam 1993: 167-185).

Doch sperren sich beide Begriffe einer auf Überprüfung und Stringenz ausgerichteten wissenschaftlichen Zugangsweise, weil sie altertümlich klingen (Frevert 2000) und eine emotionale, appellative Konnotation haben. Gleichwohl haben beide gerade in der angelsächsischen Welt Aufmerksamkeit auf sich gezogen (Hartmann 2001, 7), geleitet von der Frage, wie Gesellschaften inhärente Interessengegensätze bewältigen oder daran zerbrechen (Berger 1997). Das Projekt wendet diese Überlegungen auf Nachkriegsgesellschaften an.

Das Faktum des Magels an gegenseitigem Vertrauen in Nachkriegsgesellschaften wird derzeit vor allem in kurzfristiger Perspektive auf den Umgang der jeweiligen politischen Eliten reflektiert (Moltmann 2000). Das Stichwort der Versöhnung verbindet sich demgegenüber eher mit Nachkriegsgesellschaften und deren Transitionsproblemen. Unter dem Rubrum der Versöhnung werden hier vorrangig das Ringen um Wahrheit zurückliegender Auseinandersetzungen als Teil des politischen Diskurs (Hayner 2001), die Differenz zwischen Erinnerung und Gedächtnis (Loewy/Moltmann 1996) und der Ausgleich von Tätern und Opfern als Grundlage einer neuen Rechtsordnung (Schlink 2002) thematisiert. Was noch aussteht, ist der Brückenschlag zu einer „würdigen Gesellschaft“ (Margalit 1999), die die Standards wechselseitigen Respekts unter ihren Mitgliedern (Sennett 2002) lebt.

Nachkriegsgesellschaften müssen – so die Annahme des Projekts – Bedingungen schaffen, dass die Politik kollektiv bindende Entscheidungen treffen kann (Strasser 2003, 8). Dies ist jedoch keine Einbahnstraße, sondern hängt von Vertrauen und Versöhnung als Maximen gesellschaftlicher Verhaltensweisen ab. Allerdings lehrt die Beobachtung verschiedener Initiativen zur Versöhnung in Lateinamerika, Afrika und Europa, dass jeder Kontext seinen eigenen Modus dafür schafft und stark voneinander abweichende Zeithorizonte in Rechnung zu stellen sind. Wie dies für Bosnien-Herzegowina, das Kosovo und Nordirland (Healing 2002, Porter 2003) aussieht, ermittelt das Projekt.

c) Nation-building

Entstehungsgeschichte und Typologie moderner Nationalstaaten sind gut erforscht. Doch prägen die enormen Unterschiede in ihren Entwicklungspfaden – „eine Geschichte von Sonderwegen“ (Schulze 1994: 126) – bis heute die zentralen Konzepte Staatsbildung und Nationsbildung. Während *nation-building* im angelsächsischen Sinn individuelle Rechte und demokratische Normen impliziert, sind im kontinentaleuropäischen Verständnis Gesellschaft und Staat deutlicher unterschieden, ebenso Nation und Staat. Auch wenn die Wissenschaft neuerdings den unauflösbaren Zusammenhang zwischen Staats- und Nationsbildung schärfer als früher – auf Kosten der reinen Kultur- oder Ethnonation – betont (Breuilly 1999, Habermas 1996), sorgen diese Unterschiede noch immer für manche Äquivokation (Connor 1994) und affizieren das Konzept der Demokratisierung (Haller 2002).

Gruppenzugehörigkeiten gewinnen durch Kriege den Anschein des Unveränderbaren. Demokratisierung obliegt das Kunststück, die zementierte Unterscheidung zwischen Freund und Feind – anders als Carl Schmitt meinte, *im Krieg* das Wesen des Politischen – aufzubrechen und neue Gemeinsamkeiten zu setzen. Unter Nationsbildung verstehen wir politische, ideelle und symbolische Maßnahmen zur Integration aller, die partikuläre Identitäten zumindest relativieren. Aus der modernen Nationalstaatsbildung sind dafür zwei Modelle bekannt: Entweder werden ethnonationale Identitäten in etwas Drittem, Neuem, aufgehoben (Miller 1995, Francis 1965), oder sie werden entfeindet durch Anerkennung der Differenz, die als solche bestehen bleibt. Idealtypisch entspricht dem ersten Modell die herkunftsblinde Staatsbürgernation, dem zweiten der „Nationalitätenstaat“, heute als demokratischer Multikulturalismus diskutiert (Kymlicka 1999 und 1995, Habermas 1996, Taylor 1993, Schieder 1991).

Die Demokratisierung von Nachkriegsgesellschaften verlangt staatsbürgerliche Gleichheit und institutionalisierte Relativierung der einfachen Mehrheitsregel. Nur so lässt sich verhindern, dass religiöse, sprachliche, ethnische oder nationale Minderheiten strukturell benachteiligt werden. Schon in der Habsburger Monarchie stellten Reformen eine regelrechte „Inkompatibilitätsthese“ (Viefhaus 1968: 378; umfassend Kann 1964) zwischen Majoritätsprinzip und multinationalen Staaten auf. Als „Auswege aus dem Bürgerkrieg“ (Schneckener 2003) konzipiert, lösen Minderheitenschutzmodelle nicht selten Ängste aus: Die Mehrheit beargwöhnt Autonomie, Föderalisierung oder gar Konföderalisierung als Schritte zu Sezession und Staatszerfall. Für das nationale Homogenitätsideal zeugen Minderheiten vom „unvollendeten“ Charakter des Nationalstaates und gelten als „Geschwüre auf dem Körper des Vaterlandes“, wie es Petöfi, Ungarns Revolutionsheld von 1848, formulierte. Diese Stigmatisierung machen sich Minderheiten oft zu eigen, fühlen sich als „verhinderte Nationen“ und streben tatsächlich nach Sezession. Ist diese als Option ausgeschlossen, erfordert Demokratisierung, das Homogenitätsideal zu überwinden.

Nationsbildung stellt sich auf besondere Weise als Problem dar, wenn externe Akteure ethnische Kriege unterbinden. In der Geschichte hatten Gewalt und Kriege für die moderne Staats- und Nationsbildung eine geradezu konstitutive Funktion (Tilly 1990, Parker 1990). Doch wird Nationsbildung durch Blut und Eisen seit der Wiederkehr „ethnischer Säuberungen“ auf dem Balkan international nicht mehr akzeptiert (Gurr 2000, Ottaway 2002). Man möchte sie heute mit *conflict resolution*, *peace keeping*, multilateraler Hilfe und Demokratisierung erreichen. Wieviel gruppenübergreifende Gemeinsamkeit diese voraussetzt, ist strittig: den einen zufolge „die Schaffung einer staatspolitischen Identität, welche sich von der kulturellen ablöst und eine Alternative bildet zum monolithischen ethnischen Denken“ (Haller 2003), den anderen zufolge reicht es, wenn die relevanten Akteure sich gewissen Regeln fügen (Ottaway 2002: 17). Es kennzeichnet fragmentierte Nachkriegsgesellschaften, dass zunächst beides fehlt, ebenso wie der Rechtsstaat zur Durchsetzung allgemeingültiger Regeln. Ob deshalb *rapid democratization* (Wallensteen u.a. 2001: 40) geboten ist oder ob der Rechtsstaat Vorrang vor der Selbstregierung haben muss, ist strittig.

d) Zu den Fällen

Bosnien und Herzegowina

Bosnien und Herzegowina haben Wissenschaft und Politikberatung große Aufmerksamkeit gewidmet. Auch wenn sie in den letzten Jahren nachgelassen hat, liegen zahlreiche Arbeiten über den Stand der Demokratie und Friedenskonsolidierung vor (Bieber 2002, Cousens 2002, Petritsch 2001, Berichte der *European Stability Initiative*, ESI und *International Crisis Group*, ICG). Besonders intensiv beobachtet und diskutiert wurden die vielen Wahlen nach dem Friedensschluss (Eicher 1996, Gromes 2003, Tomic/Herceg 1999). Auch die Rolle der externen Akteure gerät immer wieder in den Blick (Pugh 2000). So wird kritisiert, dass sie glauben, mit nahezu uneingeschränkter Protektormacht eine Demokratie aufbauen zu können (Knaus/Martin 2003). Was bisher jedoch fehlt, ist die theoriegeleitete systematische Analyse, ob die Demokratisierung den geschlossenen Frieden stärkt oder untergräbt. Vielfach wird nicht einmal das Verhältnis von Demokratisierung und Friedenskonsolidierung problematisiert. Das gilt auch für die bisher umfassendste Studie zur Demokratisierung in Bosnien und Herzegowina (Chandler 2000).

Kosovo

Der größte Teil der Literatur zum Kosovo widmet sich dem von der NATO 1999 geführten Krieg und seinen Legitimitätsproblemen. Der Stand der Demokratisierung und der Friedenskonsolidierung wird von den Reports der ICG, der ESI, des SRSG an den Sicherheitsrat sowie von *Early War-*

ning Kosovo (UNDP und USAID) dokumentiert. Auch liegen inzwischen erste Bestandsaufnahmen zu den Lektionen von *peace building* und internationaler Administrationen vor, in denen das Kosovo einen prominenten Platz einnimmt (O'Neill 2002, Baskin 2003 und 2002, Caplan 2002). Untersuchungen zur extern erzwungenen Demokratisierung stehen hingegen noch aus. Strittig ist, ob Demokratisierung gelingen kann, ohne dass zuvor der internationale Rechtsstatus des Kosovo geklärt ist. Auch steht der Widerspruch zwischen *regionalen* stabilitätspolitischen Imperativen und nationaler Selbstbestimmung (Schoch 2003) – dem Machttransfer auf gewählte Politiker im Wege.

Nordirland

Im wissenschaftlichen Diskurs zum Nordirland-Konflikt (Hargie/Owen 2003) zeigt sich eine ungewöhnliche Hemmung, Wohl und Wehe des nunmehr zehnjährigen Friedensprozesses in Frage zu stellen, getreu der Devise, dass das, was von Grund auf gut ist, nicht kritisiert werden kann, auch wenn die Ambivalenzen mehr und mehr sichtbar werden. Im Gegenteil, mit der Entdeckung eines Friedensprozesses, der alle Schwierigkeiten bei der Implementierung der einmal eingeschlagenen Friedensstrategie unter der wohlmeinenden Absicht „Frieden durch Demokratie“ subsumiert, ist scheinbar eine Brücke gefunden, um die Kluft zwischen den fortbestehenden Verwerfungen einer Nachkriegsgesellschaft und den optimistischen Erwartungen an den Erfolg der Demokratisierung als Friedensstrategie zu überwinden. Dazu tastet sich die Forschung nur zögerlich an eine Analyse und Bewertung der Folgen heran, die das favorisierte Modell der Konkordanzdemokratie für die gesellschaftlichen Verhältnisse hat (McGarry 2001). Dass gerade der Ansatz, die konkurrierenden *communities* in ihrer Existenzberechtigung zu stärken, die gesellschaftliche Spaltung nach Abschluss eines Friedensabkommens vertieft (Burgess 2002), widerspricht den praxeologischen Perspektiven, Selbstbewusstsein, Identität und Organisationsfähigkeit der Gemeinschaften im Sinne des *peace building* zu fördern (Fitzduff 2002) und damit ihrem Außenverhalten die bisherige Aggressivität zu nehmen.

Forschungskonzept

Anhand der drei relevanten europäischen Nach(bürger)kriegsgesellschaften erforschen wir vergleichend die Demokratisierungsprozesse, die durch unterschiedliche Formen der Intervention und externen Präsenz bewirkt werden. Gemessen an historisch und aktuell mehr oder weniger erfolgreichen Versuchen, Demokratie von außen zu implementieren (wie z.B. in Deutschland, Italien, Japan, Haiti, Nicaragua, El Salvador, Kambodscha), haben wir es in Bosnien, dem Kosovo und Nordirland mit drei Spezialfällen zu tun, denen gemeinsam ist, dass sie als ethnisch fragmentierte Nach(bürger)kriegsgesellschaften mit ausländischer Truppenpräsenz und als temporäre *de facto*-Protektorate befriedet werden sollen. Ihr Spezifikum besteht darin, dass Menschen, die zuvor aufeinander geschossen haben, nunmehr zur Kooperation gezwungen werden, weil mächtige Staaten der Barbarei der „ethnischen Säuberungen“ entgetreten und mit Gewalt betriebene ethnische Homogenisierung und Grenzarrondierung zu unterbinden suchen. Auf Grund der im Krieg verhärteten Feindschaft zwischen den Gruppen (*communities*) sind solche Nachkriegsgesellschaften aus eigener Kraft nicht oder nur schwer zur Demokratisierung imstande. Notwendige Bedingung ist daher ausländische Hilfe und militärische Präsenz, doch ist damit noch keineswegs die hinreichende Bedingung für eine erfolgreiche Demokratisierung und in ihrer Folge eine Transformation des ursprünglichen zur Gewalt eskalierten Konflikts gegeben.

Diese hinreichende Bedingung steht im Mittelpunkt des Forschungsinteresses unseres Projekts. Wir wollen überprüfen, wie unterschiedliche Interventions- und Demokratisierungsstrategien (unabhängige Variable) auf die Bereitschaft und Fähigkeit zur Demokratisierung und damit zur Transformation der Konflikte (abhängige Variable) in den betroffenen Gesellschaften wirken. Angesichts der Spezifika der fraglichen Konflikte sind die historischen Erfahrungen mit extern veranlasster

Demokratisierung in Bosnien, dem Kosovo und in Nordirland kaum anzuwenden. Dabei sieht sich der Versuch, diese Nachkriegsgesellschaften von außen zu demokratisieren, mit den folgenden Dilemmata konfrontiert, die in der Theorie auf der einen und der Praxis auf der anderen Seite höchst unterschiedlich behandelt werden. Sie stellen zugleich die alternativen Grundannahmen dar, die im Projekt überprüft werden sollen.

a) Dilemma: Demokratie und Staat

Dem *mainstream* der Demokratietheorie zufolge setzt Demokratie die Klärung der nationalen Grenzen und des internationalen Status voraus. Ohne Klärung des völkerrechtlichen Status wäre demnach Demokratisierung von vornherein zum Scheitern verurteilt. In der Praxis macht die internationale Staatengemeinschaft das Gegenteil. Sie hält im Kosovo die Statusfrage in der Schwebe und proklamiert – mit der griffigen Formel von Michael Steiner, *Special Representative* der UNO im Kosovo bis Juli 2003 – „*Standards vor Status*“. Demokratische Normen und Verfahren sollen Vorrang vor der völkerrechtlichen Klärung des politischen Gemeinwesens haben. Der interne Streit über dessen internationalen Status wird vorerst in Kauf genommen, wenn er nur demokratisch ausgetragen wird – in der Hoffnung, er werde sich im Verlauf der Demokratisierung so abschwächen, dass beide Nationalitäten das politische Gemeinwesen nicht mehr in Frage stellen. Ähnlich lässt das Karfreitagsabkommen die Frage nach der endgültigen Zugehörigkeit Nordirlands offen und behält sie einer späteren Mehrheitsentscheidung vor, um erst einmal Zeit für Demokratisierung und Befriedung zu gewinnen. In Bosnien-Herzegowina dagegen hat die Staatengemeinschaft einen Gesamtstaat oktroyiert, der freilich von vielen abgelehnt wird.

b) Dilemma: Demokratie und Nation

Dem *mainstream* der Demokratietheorie zufolge setzt Demokratie die Nation als eine vorgestellte politische Gemeinschaft (Benedict Anderson) voraus. Nur diese stifte so viel Gemeinsamkeiten über alle Parteien hinweg, dass deren Alternanz sowie Mehrheitsentscheidungen allgemein akzeptiert werden. Auch hier geht die internationale Staatengemeinschaft in der Praxis umgekehrt davon aus, dass sie mit externer Präsenz kollektive demokratische Transformations- und Lernprozesse gleichsam von außen nach innen tragen kann und dass sich durch die Einübung demokratischer Verfahren wechselseitig ausschließende Gruppenidentifikationen relativieren. Während die demokratische Rekonstruktion in Bosnien *faute de mieux* auf drei getrennten Ethnonationen basieren musste, deren Gewicht sich soweit verringern soll, dass ein tragfähiges politisches Gemeinwesen entstehen kann, hat man dem Kosovo ein multinationales Gemeinwesen verordnet. In Nordirland wiederum soll ein Regionalparlament zusammen mit gesamtirischen Kooperationsmechanismen der Polarisierung zwischen Republikanern und Unionisten entgegenwirken.

c) Dilemma: Fremdbestimmung und Selbstbestimmung

Da die verfeindeten *communities* weder zur Demokratie, noch zur Staatlichkeit fähig sind, ist für Demokratisierung und *state-building* die fortwährende Präsenz auswärtiger Mächte unabdingbar. Nur sie verhindert, dass sich die Freund-Feind-Polarisierung mit anderen Mitteln wiederherstellt, Gruppen den Staat für ihre partikularen Ziele usurpieren und andere ausschließen, mithin die Kriegskonstellation reproduziert wird. Das gilt kurz- und mittelfristig, doch werden Demokratisierung und Staatsbildung durch die ausländische Präsenz zugleich in Frage gestellt: Sie bedeutet sowohl fortwährende Fremdbestimmung, mithin das Gegenteil von Demokratie, als auch die permanente Frustration von Staats- und Grenzaspirationen relevanter Bevölkerungsteile; und sie nötigt die Eliten nicht zur Verantwortung. Von außen *erzwungene* Demokratisierung bleibt ein *Oxymoron*, bedeutet Demokratie doch Selbstregierung, Emanzipation aus Fremdbestimmung. Die Szenarien

zum Machttransfer von externen Akteuren auf demokratisches *self-government* variieren in unseren drei Fällen, auch innerhalb der einzelnen Fälle lässt sich ein eigentümliches *stop and go* konstatieren: Am deutlichsten ist dies in Nordirland, wo London den Souveränitätstransfer vorerst abbrach. In Bosnien setzte man in einer ersten Phase auf Demokratisierung durch rasche Wahlen; in einer zweiten wurden die Befugnisse der internationalen Friedensmission umgekehrt zulasten gewählter einheimischer Politiker verstärkt. Im Kosovo dagegen verzichtete die UNO im Rahmen eines internationalen Protektorats auf die Übertragung der Kompetenzen auf gewählte Akteure.

Vorgehensweise

Alle Demokratisierungsstrategien, wie unterschiedlich sie auch sind, müssen die genannten Dilemmata in Rechnung stellen und *nolens volens* darauf setzen, dass sie sich lösen lassen. Ob das gelingt, steht keineswegs fest. Vielmehr können sie Unvereinbarkeiten schaffen, die den Prozess der Demokratisierung und damit die Konflikttransformation scheitern lassen. Wir nehmen dabei diese Demokratisierungsstrategien der externen Akteure *à la lettre* auf, ohne nach möglichen Hintergedanken zu fragen, und analysieren ihre Umsetzung und ihre Wirkungen im Blick auf die intendierte Befriedung durch Demokratisierung.

Dazu ziehen wir die historisch-soziologische Literatur zur Geschichte der europäischen Staats- und Nationsbildung sowie die Literatur zur Demokratiehilfe und zur Demokratisierung. Auf deren Grundlage haben wir drei Indikatorenfelder entwickelt: für den Stand der Demokratisierung, für den Stand des Souveränitätstransfers sowie für den erreichten Friedensgrad. Mit diesen Indikatoren wollen wir die für unsere drei Fälle vorhandenen Analysen und Bewertungen über Erfahrungen, Erfolge und Misserfolge der Demokratisierungspolitik erfassen, auswerten, interpretieren und im Blick auf ihre Friedensleistung und die Konflikttransformation vergleichend beurteilen.

Dazu werden in einem ersten Schritt bisherige Erfolge für unsere drei Fälle beschrieben, identifiziert und gemessen, die Demokratisierungsprozesse rekonstruiert und der bisher erreichte Grad der Konflikttransformation festgestellt. In einem zweiten Schritt wollen wir dann die drei Fälle einem strukturierten und fokussierten Vergleich unterziehen und bezogen auf die alternativen Grundannahmen zu den oben beschriebenen Dilemmata Wirkungsmechanismen zwischen Strategie und erreichtem Stand der Demokratisierung und Konflikttransformation bestimmen.

Um die Varianz bei den Interventions- und Demokratisierungsstrategien der externen Akteure kontrollieren zu können, müssen wir möglichst gleichartige Fälle heranziehen. Wir befolgen mithin den Ratschlag der Komparatistik, nur Fälle der gleichen Subklasse auszuwählen (Bennett/George 1997). Bosnien und Herzegowina, das Kosovo sowie Nordirland weisen die folgenden Gemeinsamkeiten auf:

- Sie sind ethnisch fragmentierte Nachkriegsgesellschaften mit zementierten askriptiven Gruppenidentitäten, wobei zweitrangig ist, ob diese auf religiöser, sprachlicher oder historischer Differenz beruhen.
- Die Friedensabkommen liegen einige Jahre zurück – 1995 in Bosnien und Herzegowina (Dayton), 1998 in Nordirland (Karfreitagsabkommen) und 1999 im Kosovo (UN-Resolution 1244) – und setzen auf Demokratisierung, um den Frieden zu festigen.
- Externe Akteure haben im Rahmen der Friedenskonsolidierung weitgehende Kompetenzen, in die Entwicklung der Nachkriegsgesellschaft einzugreifen, womit das Oxymoron extern induzierter Demokratisierung gegeben ist.

Allerdings bestehen zwischen Bosnien-Herzegowina und dem Kosovo auf der einen und Nordirland auf der anderen Seite auch Unterschiede, die Nordirland als Kontrastfall qualifizieren. Die Kampfhandlungen in Nordirland forderten weniger Opfer. Auch das Ausmaß materieller Zerstö-

rungen und der Fluchtbewegungen sowie Vertreibungen ist deutlich geringer. Man könnte deshalb annehmen, Vertrauensbildung und Demokratisierung dürften in Nordirland leichter fallen. Dem steht entgegen, dass hier der bewaffnete Konflikt Jahrzehnte währte und die Gesellschaft nachhaltiger als die Kriege auf dem Balkan prägte.

Auch im Verhältnis zwischen internen und externen Akteuren bestehen insofern Unterschiede, als in den beiden Nachkriegsgesellschaften des Balkans internationale Friedensmissionen mit einer Vielzahl von Akteuren agieren, die sich gegenüber den früheren Kriegsparteien im wesentlichen unparteiisch verhalten. Dagegen kann die britische Regierung als der entscheidende externe Akteur in Nordirland viel kohärenter handeln, war freilich meist selbst Konfliktpartei. Gleichzeitig steht sie als ehemalige Kolonialmacht gegenüber der Republik Irland in einem weiteren Spannungsverhältnis, das immer wieder auf Nordirland selbst übergreift.

Da die Friedensabkommen für Bosnien und Herzegowina und für das Kosovo den Konfliktparteien stärker aufgezwungen wurden als die Friedensregelung für Nordirland, ist eine geringere Verpflichtung der Konfliktparteien auf den Friedensschluss und ein größeres Potenzial so genannter *spoilers* zu erwarten. Schließlich könnte, folgt man der Transitionsforschung, die Demokratisierung auf dem Balkan schwerer fallen als in Nordirland: Bosnien-Herzegowina und das Kosovo müssen eine mehrfache Transition bewältigen: vom Krieg zum Frieden, von autoritären Herrschaftsstrukturen zur Demokratie, von der Kriegs- zur Friedensökonomie und von der Plan- zur Marktwirtschaft. Nordirland bewegt sich auf deutlichem höherem ökonomischen Niveau. Außerdem findet der Konflikt innerhalb der stabilen Demokratie des Vereinigten Königreichs statt. Sehr ähnliche Fälle innerhalb der gleichen Subklasse mit einem kontrastierenden Fall zu vergleichen, erlaubt uns daher, sowohl die Vorteile der *Method of Agreement* als auch der *Method of Difference* (Mill 1959) zu nutzen.

a) Indikatoren für die Demokratisierung in Nachkriegsgesellschaften

Auf die genannten drei Dimensionen – institution-building, Vertrauensbildung und Versöhnung, nation-building bezogen, ergibt sich die folgende Matrix für Indikatoren der Demokratisierung:

Elemente der Demokratisierung	Institutionelle Dimension	Vertrauensdimension	Nation-building-Dimension
Wahlen / Institutionenaufbau	Funktionsfähige, repräsentative Organe	Kooperations- und Kompromissbereitschaft der tragenden Parteien und Repräsentanten	Legitimität
Rechtsstaatlichkeit	Autorität von Justiz und Polizei	Akzeptanz	Rechtsgleichheit, Abbau von Privilegien und Korruption
Machtkontrolle	Gewaltenteilung	Inklusivität und Transparenz	Partizipation
Grundrechte / republikanische Freiheiten	(konstitutionelle) Rechtsgarantien	Gruppen übergreifende Anerkennung	Citizenship
Staatlichkeit	Gewaltmonopol	Sicherheit	Ethnische Neutralität/ Staatsbürgernation
Pluralismus	Diversifikation der Machtressourcen	Toleranz	Selbstbestimmung
Mehrheiten / Minderheiten	Institutionelle Regelungen	Anerkennung der Differenz	Staatsbürgerliches Bewusstsein, <i>demos</i> und <i>ethnos</i>

b) Indikatoren für einen Souveränitätstransfer von Außen nach Innen

Wird die Demokratisierung von externen Akteuren betrieben, die maßgeblich bei der Beendigung des Krieges beteiligt waren und in den Nachkriegsgesellschaften staatliche Hoheitsaufgaben übernommen haben, so ist zu berücksichtigen, dass diese Externen sich unterscheiden: a) nach Charakter, Zahl und ausgewiesener Legitimation; b) durch Anwendung einer unterschiedlichen Mischung aus ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Anreizen und militärischem Zwang (sticks and carrots); sowie c) durch Geschwindigkeit und Prioritätensetzung (sequencing) bei der Implementierung der Demokratisierung.

Ziel einer extern veranlassten Demokratisierung müssten eine wachsende Übernahme politischer Verantwortung durch die Nachkriegsgesellschaften und die Herausbildung von *self-government* sein. Deshalb stellt sich die Aufgabe, Hoheitsaufgaben und Kompetenzen auf interne Akteure zu übertragen. Um den jeweils erreichten Stand zu identifizieren, wollen wir folgende Indikatoren überprüfen:

Normensetzung	Urheberschaft von Verfassung und Gesetzen
Implementierung	Durchsetzung und Überwachung der Normen
Territorialität	Grenzziehungen im Inneren und gegenüber Nachbarstaaten, Sicherung der Grenzen
Rekrutierung von Eliten	Auswahl und Legitimation des politischen Führungspersonals
Konfliktverhalten	Spannungen zwischen externen und internen Akteuren, Stufen des Souveränitätstransfers
Akzeptanz	Legitimation und Verantwortung der externen Akteure in den Nachkriegsgesellschaften, Vertrauensanteil der internen politischen Führer, Zuweisung von Regelungskompetenz an eigene demokratische Institutionen durch die Bevölkerung

c) Indikatoren für den erreichten Grad des Friedens

Abschließend ist unsere Leitfrage, inwieweit extern induzierte Demokratisierung in fragmentierten Nachkriegsgesellschaften zu einem konsolidierten Frieden führt, auf einer angenommenen Zeitschneise an Hand folgender Indikatoren zu überprüfen:

Sicherheit	Abnahme von politisch und ethnisch motivierten Gewaltakten Abbau und Delegitimation von Gewaltökonomien Bewegungsfreiheit Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen (v.a. <i>minority returns</i>) Restitution und Garantien von Eigentum
Wohlfahrt	Transformation der wirtschaftlichen Determinanten Rehabilitation des Gemeinwesens Lastenteilung und Gerechtigkeit
Verständigung	Veränderungen im öffentlich-politischen Diskurs Abbau von Kriegsängsten und Lagermentalitäten, Verzicht auf gruppenbezogenen Hass Gesellschaftliches Vertrauen in den Frieden und Bereitschaft, Interessengegensätze im Rahmen demokratischer Institutionen und gemäß deren Normen auszutragen

Erwarteter Ertrag

Alles deutet darauf hin, dass die Notwendigkeit von extern induzierter Demokratisierung in Nachkriegsgesellschaften in der internationalen Politik *volens volens* Aktualität behält. Wer aber Modelle und Vorbilder „anwenden“ will, muss sie exakt kennen, sollen sie mehr als Projektionsfolien sein. Dazu dient unser Vorhaben, das zur Staats-, Vertrauens- und Nationsbildung auf umfangreiche eigene Vorarbeiten zurückgreifen kann. Im Rückgriff auf die historische Tiefendimension der Demokratisierung analysieren wir im einzelnen und systematisch vergleichend die drei europäischen Fälle, in denen externe Akteure Nachkriegsgesellschaften mittels Demokratisierung zu befrieden suchen.

Sofern es uns gelingt, zu den aufgeführten zentralen Dilemmata begründete Aussagen machen zu können, leisten wir einen Beitrag zur theoretisch wie praxeologisch essenziellen Frage nach der Friedensleistung von Demokratisierungsprozessen. Außerdem lassen sich aus dem Projekt, so hoffen wir, Schlussfolgerungen und Lehren für die künftige Interventionspraxis externer Akteure – allem Anschein nach eine Wachstumsbranche – ziehen. Die *policy*-Relevanz dieses Vorhabens hat Wolfgang Petritsch, zuletzt *High Representative* in Bosnien, unlängst so formuliert: Man brauche „sehr viel mehr Analyse und Einschätzung, auch mehr vergleichende Konfliktstudien, um zu erkennen, wo Intervention und Stabilisierung zusammenhängen, wo Ähnlichkeiten und wo Unterschiede bestehen“ (Petritsch 2003: 23).

Bearbeiter

Nach dem bisherigen Stand wird das Projekt von einem ständigen Mitarbeiter (Bruno Schoch) mit etwa 60% und einem ständigen Mitarbeiter (Bernhard Moltmann) mit etwa 20% der regulären Arbeitszeit sowie einem Doktoranden (Thorsten Gromes) durchgeführt.

Laufzeit

Das Vorhaben wurde Anfang 2003 begonnen und wird aus Mitteln der HSFK finanziert.

Literatur

- Anderson, Benedict (1988): Die Erfindung der Nation, Frankfurt a.M.
- Barnes, Samuel H. (2001): The Contribution of Democracy to Rebuilding Postconflict Societies. In: American Journal of International Law, 95. Jg., Nr. 1, S. 86-101.
- Baskin, Mark (2002): Lessons learned in Kosovo's judiciary, Pearson Paper 8, Clementsport, NS: Canadian Peacekeeping Press, 2002.
- Baskin, Mark (2003): Review article: Post conflict administration and reconstruction, in: International Affairs, Jg. 79, Nr. 1, S. 161-170.
- Bennett, Andrew/George, Alexander L. (1997): Research Design Tasks in Case Study Methods. Paper presented at the MacArthur Foundation Workshop on Case Study Methods, Belfer Center for Science and International Affairs (BCSIA), Harvard University, 17.–19. Oktober 1997, <http://www.georgetown.edu/bennett/RESDES.html>.
- Berger, Peter L. (Hg.) (1997): Die Grenzen der Gemeinschaft. Konflikt und Vermittlung, Gütersloh.
- Berg-Schlosser, Dirk (1998): Makro-qualitative vergleichende Methoden, in: Ders./Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienhandbuch, 3. Aufl., Opladen, S. 67-87.
- Bieber, Florian (2002): Bosnia & Herzegovina, in: Freedom House, Nations in Transit 2002, <http://www.freedomhouse.org>.
- Breuilly, John (1999): Nationalismus und moderner Staat, hrsg. von J. Müller, Köln.
- Brubaker, Rogers (1994): Staats-Bürger. Deutschland und Frankreich im historischen Vergleich. Hamburg.
- Brubaker, Rogers (1999): Nationalism Reframed. Nationhood and the national question in the New Europe, Cambridge.

- Burgess, Thomas Paul (2002), *Community Relations, Community Identity and Social Policy in Northern Ireland*, Lewiston u.a.O.
- Caplan, Richard (2002): *A new trusteeship? The international administration of war-torn territories*, Adelphi Paper 341, Oxford.
- Chandler, David (2000): *Bosnia. Faking Democracy After Dayton*, 2. und erweiterte Auflage, London und Sterling.
- Connor, Walker (1994): *Ethnonationalism. The Quest for Understanding*, Princeton.
- Cousens, Elizabeth M. (2002): *From Missed Opportunities to Overcompensation: Implementing the Dayton Agreement on Bosnia*, in: Stephen John Stedman/Donald Rothchild/dies. (Hg.): *Ending Civil Wars. The Implementation of Peace Agreements*, Boulder und London.
- David, Charles-Philippe (1999): *Does Peacebuilding Build Peace? Liberal (Mis)steps in the Peace Process*. In: *Security Dialogue*. 30. Jg., Nr. 1, 25-42.
- Eicher, Joachim (1997): *Die Wahlen in Bosnien-Herzegowina und ihre Durchführung*, in: *Südosteuropa*, 46. Jg., Nr. 3-4.
- Elias, Norbert (1976): *Über den Prozess der Zivilisation*, 2 Bde., Frankfurt a.M.
- European Stability Initiative (ESI), <http://www.esiweb.org/reports/bosnia/>.
- European Stability Initiative (2002), *Western Balkan 2004: Assistance, Cohesion and the new Boundaries of Europe. A Call for Policy Reform*, Nov.
- Ferdowski, Mir A./Matthies, Volker, Hg. (2003): *Den Frieden gewinnen. Zur Konsolidierung von Friedensprozessen in Nachkriegsgesellschaften*, Bonn.
- Fitzduff, Mari (2002): *Beyond Violence. Conflict Resolution in Northern Ireland*, Toko u.a.
- Francis, Emerich (1965): *Ethnos und Demos. Soziologische Beiträge zur Volkstheorie*, Berlin.
- Frevert, Ute (2000): *Vertrauen. Historische Annäherung an eine Gefühlshaltung*, in: Benthien, Claudia u.a. (Hg.): *Emotionalität. Zur Geschichte der Gefühle*, Köln.
- Geis, Anna (2003), *Vertrauen in der Politischen Literatur*, in: *Neue Politische Literatur*, Nr. 1.
- Gellner, Ernest (1991): *Nationalismus und Moderne*, Berlin
- Global Governance (2003): *Special Issue in Governance After War: Rethinking Democratization and Peacebuilding*, 9. Jg., Nr. 2.
- Greenfield, Liah (1992): *Nationalism. Five Roads to Modernity*, Cambridge.
- Gurr, Ted Robert (2000): *Ethnic Warfare on the Wane*, in: *Foreign Affairs* Jg. 79, Nr.3, S. 52-64.
- Habermas, Jürgen (1996): *Die Einbeziehung des Anderen*, Frankfurt a.M.
- Haller, Gret (2002): *Die Grenzen der Solidarität. Europa und die USA im Umgang mit Staat, Nation und die Religion*, Berlin.
- Haller, Gret (2003): *Die Französische Revolution heute. Perspektiven einer europäischen Identität*, in: *Neue Zürcher Zeitung* 21./22.6.2003, S. 57.
- Hargie, Owen/Dickson, David (2003), eds.: *Researching the Troubles. Social Sciences Perspectives on the Northern Ireland Conflict*, Edinburgh.
- Hartmann, Martin (2001): *Einleitung*, in: ders./ Offe, Claus (Hg.), *Vertrauen. Die Grundlage des sozialen Zusammenhalts*, Frankfurt a.M., S. 7-34.
- Hayner, Priscilla B. (2001): *Unspeakable Truths. Confronting State Terror and Atrocity*, New York/London.
- Healing trough Remembering (2002): *The Report of the Healing trough Remembering Project*, Belfast.
- Hobsbawm, Eric J. (1991): *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt a.M.
- Horowitz, Donald L. (1993): *Democracy in Divided Societies*, in: *Journal of Democracy*, 4. Jg. Nr. 4, S. 18-38.
- International Crises Group (ICG), <http://www.crisisweb.org/projects/project.cfm?subtypeid=3>.
- Kann, Robert A. (1964): *Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie. Geschichte und Ideengehalt der nationalen Bestrebungen vom Vormärz bis zur Auflösung des Reiches im Jahre 1918*, 2., erw. Aufl., Graz-Köln, 2 Bde.
- Kielmansegg, Peter Graf (1995): *Frieden durch Demokratie*. In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Den Frieden denken*, Frankfurt/Main, S. 106-123.
- Knaus, Gerald / Martin, Felix (2003): *Lessons from Bosnia and Herzegovina. Travails od the European Raj*, in: *Journal of Democracy*, 14. Jg., Nr. 3, S. 60-74.
- Kumar, Krishna (1968), Hg.: *Postconflict Elections, Democratization, and International Assistance*, Boulder und London.
- Kymlicka, Will (1999): *Multikulturalismus und Demokratie*, Hamburg.

- Kymlicka, Will (1995): *Multicultural Citizenship. A Liberal Theory of Minority Rights*, Oxford-New York.
- Licklider, Roy (2002): *False Hopes? Postsettlement Democracy and the Resumption of Civil War*, prepared for delivery at the 2002 Annual Meeting of the American Political Science Association, 29. August-1. September.
- Lijphart, Arend (1977): *Democracy in Plural Societies*, New Haven und London.
- Loewy, Hanno/Moltmann, Bernhard, Hg. (1996): *Erlebnis – Gedächtnis – Sinn. Authentische und konstruierte Erinnerung*, Frankfurt a.M.
- Lyons, Terrence (2002): *The Role of Postsettlement Elections*, in: Stedman, Stephen John/ Rothchild, Donald/Cousens, Elizabeth M. (Hg.): *Ending Civil Wars. The Implementation of Peace Agreements*, Boulder und London S. 215-235.
- MacGinty, Roger/Darby, John (2002): *Guns and Government. The Management of the Northern Ireland Peace Process*, Basingstoke.
- Mansfield, Edward D./Snyder, Jack (2002): *Democratic Transitions, Institutional Strength, and War*. In: *International Organization*, 56. Jg., Nr. 2, S. 297 – 337.
- Mansfield, Edward D./Snyder, Jack (1995): *Democratization and the Danger of War*. In: *International Security*, 20. Jg., Nr. 1, S. 5-38.
- Mansfield, Edward D./Snyder, Jack (2002): *Incomplete Democratization and the Outbreak of Military Disputes*. In: *International Studies Quarterly*, 46. Jg., Nr. 4, S. 529-549.
- Margalit, Avishai (1999): *Politik der Würde. Über Achtung und Verachtung*, Frankfurt a.M.
- Matthies, Volker (Hg.) (1995): *Vom Krieg zum Frieden. Kriegsbeendigung und Friedenskonsolidierung*, Bremen.
- McGarry, John (2001), *Northern Ireland and the Divided World. Post-Agreement Northern Ireland in Comparative Perspective*, Oxford.
- Mill, John Stuart (1959): *A System of Logic*, London 1959.
- Miller, David (1995): *On Nationality*, Oxford.
- O'Neill, William G. (2002): *Kosovo: an unfinished peace*, Boulder.
- Ottaway, Marina (2002): *Nation Building*, in: *Foreign Policy No. 132*, Sept./Oct., S. 16-24.
- Paris, Roland (2001): *International Peacebuilding and the 'Mission Civilisatrice'*, Boulder http://socsci.colorado.edu/~parisr/Mission_October_2001.pdf, abgerufen am 16.5.2002.
- Paris, Roland (1997): *Peacebuilding and the Limits of Liberal Internationalism*, in: *International Security*, 27. Jg., Nr. 2, S. 54-89.
- Parker, Geoffrey (1990): *Die militärische Revolution. Die Kriegskunst und der Aufstieg des Westens 1500-1800*, Frankfurt a.M.
- Petritsch, Wolfgang (2001): *Bosnien und Herzegowina 5 Jahre nach Dayton. Hat der Friede eine Chance?* Klagenfurt.
- Petritsch, Wolfgang (2003), in: *Die Zukunft Südosteuropas, Bergedorfer Gesprächskreis, 123. Protokoll*, Hamburg.
- Porter, Norman (2003): *The Elusive Quest. Reconciliation in Northern Ireland*, Belfast.
- Przeworski, Adam (1991): *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge.
- Przeworski, Adam (1999): *Minimalist conception of democracy: a defense*. In: Shapiro, Ian/Hacker-Cordón, Casiano (Hg.): *Democracy's Value*, Cambridge, S. 23-55.
- Pugh, Michael (2000): *'Protectorate democracy' in south-east Europe*, COPRI Working Papers 10/2000, 10. Mai 2000, <http://www.copri.dk/publications/WP/WP%202000/10-2000.doc>.
- Putnam, Robert D. (1993): *Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton.
- Reilly, Benjamin (2002): *Post-Conflict Elections: Constraints and Dangers*. In: *International Peacekeeping (London)*, 9. Jg., Nr. 2, S. 118-139.
- Reinhardt, Wolfgang (1999): *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München.
- Reychler, Luc/Paffenholz, Thania (Hg.) (1999): *Peace-Building. A Field Guide*, Boulder
- Rokkan, Stein (2000): *Staat, Nation und Demokratie in Europa*, Frankfurt a.M.
- Schieder, Theodor (1991): *Nationalismus und Nationalstaat. Studien zum nationalen Problem im modernen Europa*, hrsg. von Otto Dann und Hans-Ulrich Wehler, Göttingen.
- Schlink, Bernhard (2002), *Vergangenheitsschuld und gegenwärtiges Recht*, Frankfurt a.M.

- Schneekener, Ulrich (2003): Auswege aus dem Bürgerkrieg. Modelle zur Regulierung ethno-nationalistischer Konflikte in Europa, Frankfurt a.M.
- Schulze; Hagen (1994): Staat und Nation in der europäischen Geschichte, München.
- Sennett, Richard (2002): Respekt im Zeitalter der Ungleichheit, Berlin.
- Sisk, Timothy (1996): Power Sharing and International Mediation in Ethnic Conflicts. United States Institute of Peace, Washington D.C.
- Snyder, Jack L. (2000): From Voting to Violence: Democratization and Nationalist Conflict, NY.
- Strassner, Veit (2003), Versöhnung. Versuch einer begrifflichen und konzeptionellen Annäherung, Mainz (unveröff. Ms.).
- Taylor, Charles (1993): Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung, Frankfurt a.M.
- Tilly, Charles (1975): The Formation of National States in Western Europe, Princeton.
- Tilly, Charles (1993): Die europäischen Revolutionen, München.
- Tilly, Charles (1990): Coercion, Capital, and European States, Cambridge and Oxford.
- Tomic, Zoran/Herceg, Nevenko (1999), Izbori u Bosni i Hercegovini, Mostar.
- USIP (2002): Stimulating Kosovo. Lessons for the Final Status Negotiations, November 2002.
- USIP (2003): Kosovo Decision Time. How and When? Special Report No. 100, February 2003.
- Viefhaus, Erwin (1968): Nationale Autonomie und parlamentarische Demokratie, in: Kurt Kluxen und Wolfgang W. Mommsen (Hg.), Politische Ideologien und nationalstaatliche Ordnung. Festschrift für Theodor Schieder, München-Wien, S. 377-392.
- Wallensteen, Peter, et al. (2001): Conflict Prevention through Development Co-operation, Research Report No. 59, Dep. of Peace and Conflict Research Uppsala University.
- Walter, Barbara F. (2002): Committing to Peace. The Successful Settlement of Civil Wars, Princeton.
- Warren, Marc (Hg.) (1999), Democracy and Trust, 1999.
- Wehler, Hans-Ulrich (2001): Nationalismus. Geschichte, Formen, Folgen, München.
- Zakaria, Fareed (1997): The Rise of Illiberal Democracy, in: Foreign Affairs, Nov./Dez., S. 22-43.